

Rezension: Tilman Grammes; Henning Schluß; Hans-Joachim Vogler: Staatsbürgerkunde in der DDR: ein Dokumentenband

Barkleit, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Barkleit, G. (2007). Rezension: Tilman Grammes; Henning Schluß; Hans-Joachim Vogler: Staatsbürgerkunde in der DDR: ein Dokumentenband. [Rezension des Buches *Staatsbürgerkunde in der DDR: ein Dokumentenband*, von T. Grammes, H. Schluß, & H.-J. Vogler]. *Totalitarismus und Demokratie*, 4(2), 416-420. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-352282>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Tilman Grammes/Henning Schluß/Hans-Joachim Vogler, Staatsbürgerkunde in der DDR. Ein Dokumentenband, Wiesbaden 2006 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 558 S.

Das Ziel totalitärer Herrschaft besteht nach Martin Draht darin, eine „von den herrschenden gesellschaftlichen Werthaltungen radikal abweichende Ordnung“ zu verwirklichen.¹ Die Ausübung totalitärer Herrschaft zeichnet sich nach Lothar Fritze vor allem durch eine „staatlich organisierte und monopolisierte Indoktrination im Sinne der Systemideologie“ aus, die dann besonders wirkungsvoll ist, wenn sie auf eine Art und Weise erfolgt, dass sich die Betroffenen „nicht für Indoktrinierte halten“.² Diesem Zweck, der „heimlichen Indoktrination“, sollte in der DDR für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen der Staatsbürgerkundeunterricht dienen, den Grammes, Schluß und Vogler in einer mit zahlreichen Dokumenten versehenen Studie in den Blick nehmen.

„Staatsbürgerkunde sei das zentrale Element der Indoktrination der nachwachsenden Generation durch ‚rote Socken‘ gewesen“, ist für die Autoren einer von zwei „Deutungspolen“ (S. 33). Den zweiten definieren sie mit der These, dass Staatsbürgerkunde das Gegenteil von dem erreicht habe, „was sie intendierte“ und damit einen „nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Scheitern der DDR“ leistete. Zwischen diesen einander nicht ausschließenden Polen finden sie „ein Spektrum von Einschätzungen der Wirkungen des Staatsbürgerkundeunterrichts und der Normalität gelebten Lebens“ (S. 34), dem sie sich in zehn Kapiteln widmen. Zu Recht wird in der Einleitung festgestellt, dass die Zusammenführung dreier unterschiedlicher und einander ergänzender Forschungsprojekte der drei Autoren einen multiperspektivischen Zugriff auf ein spannendes Thema bietet.

In Kapitel 1, „Konstitution des Unterrichtsfaches“ überschrieben, zeichnen Vogler und Grammes die Entwicklung und Profilierung des Faches von der Gegenwartskunde, wie sie ab 1945 gelehrt wurde, bis zur Umbenennung in Staatsbürgerkunde im Jahre 1957 nach. Als Vergleichsfolie dient ihnen, wie in den folgenden Kapiteln auch, die Institutionalisierung politischer Bildung und Erziehung an den Schulen der Bundesrepublik. Die Einbettung des Unterrichtsfaches Staatsbürgerkunde in den Kontext der politischen Erziehung in Deutschland im gesamten 20. Jahrhundert lässt die Ähnlichkeiten in Ost und West sichtbar werden. Sie bestehen für die Autoren vor allem darin, dass auf beiden Seiten politische Bildung „Hauptaufgabe eines gesonderten Faches *und* zugleich allgemeinen Bildungsprinzip sein“ sollte (S. 52). In der DDR sei das Fach Staatsbür-

1 Martin Draht, Totalitarismus in der Volksdemokratie. In: Bruno Seidel/Siegfried Jenker, Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974, S. 337.

2 Lothar Fritze, Dialektik der totalen Herrschaft. Im Anschluss an Hannah Arendt. In: ders. (Hg.), Hannah Arendt weitergedacht, Göttingen 2007 (i. E.).

gerkunde, „in dem das aus verschiedenen anderen Unterrichtsfächern erworbene weltanschauliche und politische Wissen aufbereitet und systematisiert wird“ (S. 66), sogar zum „Modell der ‚sozialistischen Allgemeinbildung‘ in der Schule“ geworden (S. 67).

Das Kapitel 2, „Unterrichtskommunikation“, dient der Begründung eines mikrodidaktischen Zugangs zur „praktizierenden Staatsbürgerkundemethodik“ anhand der unterschiedlichen überlieferten Quellen und führt Grammes bis hin zur (knappen) Diskussion über die Spiegelung der Didaktik des Marxismus im westdeutschen Unterricht.

Kapitel 3, „Die Lehrer“, widmet sich den während der friedlichen Revolution umstrittensten Vertretern einer im ganzen nicht unumstrittenen Berufsgruppe. Die Autoren streifen nur kurz die Ausbildung der Staatsbürgerkundelehrer und analysieren vor allem die Lehrpläne sowie den Unterricht selbst. Aus einer Mikroanalyse von Unterrichtsvorbereitungen ziehen sie den Schluss, dass die landläufigen Vorstellungen, wonach „an jedem Ort in jeder Schulklasse“ durch die Vorgaben von Unterrichtshilfen „zum jeweiligen Zeitpunkt der gleiche Stoff mit der gleichen Methode unterrichtet“ worden sei, dem Schulalltag nicht gerecht werden (S. 163). Vogler wagt die kühne These, dass „eine perfekte zentrale Steuerung“ die „Eröffnung von Deutungsspielräumen“ einschlieÙe (S. 164). Seine Auseinandersetzung mit der Sicht der Lehrer auf ihren damaligen Unterricht und ihre heutigen Rechtfertigungsstrategien leitet Grammes mit dem Anspruch von Betroffenen ein, dass „auch nicht alles falsch [war], was wir vermittelt haben“.

In Kapitel 4, „Die Schülerinnen und Schüler“, behauptet Grammes einleitend, dass die „staatsbürgerkundliche Lehre“ ein Paradebeispiel „für ungeplante Nebenfolgen und suboptimale Ergebnisse pädagogischer Intentionen“ gewesen sei (S. 217). Die Frage drängt sich auf, ob eine solche Aussage an dieser Stelle schon als hinreichend bewiesen angesehen werden kann. Die Klagen des „vormundschaftlichen Staates“ über eine ungenügende Verinnerlichung des „staatlich vorgegebenen Kanons politischen Wissens“ (S. 217) hingegen decken sich mit den Erfahrungen des „gelernten DDR-Bürgers“. Ebenso nachvollziehbar ist das im Gruppeninterview beobachtete „eigenartige Spannungsfeld zwischen Glaubwürdigkeit“ der Staatsbürgerkundelehrer und der Enttäuschung ehemaliger Schüler darüber, dass „einige von ihnen nach der ‚Wende‘ aus der Partei ausgetreten sind“ (S. 228).

Im Mittelpunkt des breiten Raum beanspruchenden Kapitels 5, „Staatsbürgerkunde im Spiegel der Staatsbürgerkundemethodik“, stehen Kontroversen. „Wissenschaft als Kritik, als ‚Erkenntnis für freie Menschen‘ bleibt in Ost wie West ein immer gefährdetes Projekt“, betont Grammes. Der Hinweis, dieses gelte für den Marxismus-Leninismus in besonderem Maße, erscheint hier allerdings aufgesetzt (S. 249). Grammes findet in der wissenschaftlichen Literatur der Disziplin Staatsbürgerkundemethodik auf allen Ebenen „eine auch mit empirischen Methoden geführte Kritik der Unterrichtspraxis“ (S. 250). Ausführlich erläutert er die Kontroversen zwischen Ekkehard Sauer mann und Gerhart Neu-

ner aus den 1960er Jahren sowie um die Schule der Leipziger Fachmethodiker aus den 1980er Jahren. Ging es in den 1960ern „um das richtige Konzept bei einer fachlichen Profilierung der Staatsbürgerkunde“, so gab es in den 1980ern Auseinandersetzungen zwischen den Funktionären im Bereich der Volksbildung und den Vertretern der so genannten „Leipziger Schule“ um das Konzept der „kommunikativen Didaktik“. Im Zentrum dieses von Wolfgang Feige, dem „vielleicht bekanntesten Staatsbürgerkundemethodiker der DDR“ (S. 271), vorgestellten Konzepts standen der „Dialog über die Grenzen der Gesellschaftssysteme hinweg“, der „Streit der Ideologien“ sowie der „Fortschritt und die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie“. Den Abschluss dieses Kapitels bildet eine knappe Analyse der DDR-internen Wirkungsforschung zur Staatsbürgerkunde (Dissertationen, Diplomarbeiten), die Günter C. Behrmann verfasst hat.

In Kapitel 6, „Jugendforschung: Zum staatsbürgerlichen Bewußtsein“, analysiert Vogler die als geheim klassifizierten Berichte des 1966 gegründeten Zentralinstituts für Jugendforschung an die Parteiführung. Dessen Direktor, Walter Friedrich, war sich der „Diskrepanzen der Lehrplaninhalte zu den Praxiserfahrungen der Schüler“ sehr wohl bewusst (S. 337). Trotz „brisanter“ Forschungsergebnisse des Instituts, die heterogene politisch-ideologische und weltanschauliche Einstellungen der Schülerinnen und Schüler belegen, wurde auf der offiziellen Ebene bis zum Ende der DDR „an dem Bild festgehalten, daß die Jugend dem Sozialismus treu ergeben“ sei (S. 339). Als rein taktische Manöver wertet Vogler die Versuche einer „Erweiterung des didaktisch-methodischen Spielraums und die Aufgabe der einheitsstiftenden integrativen Funktion des Staatsbürgerkundeunterrichts“ (S. 359).

In Kapitel 7, „Die Kontrolle des Staatsbürgerkundeunterrichts durch MfV [Ministerium für Volksbildung, d. Verf.] und ZK der SED“, wird einleitend betont, dass alle auf dem Gebiet der Beurteilung des Staatsbürgerkundeunterrichts tätigen Kontrollinstanzen entweder dem Parteiapparat der SED oder dem Ministerium für Volksbildung zugeordnet werden können (S. 370). Eine regelrechte Konjunktur bei diesen Kontrollen habe es in den 1970er Jahren gegeben, als ein Generationswechsel unter den Fachlehrern einsetzte. An die Stelle der „Neulehrer“, deren Biografien „eng mit der Erfahrung des Nationalsozialismus und der Gründung der DDR“ verbunden waren, traten Nachfolger, die keine Zeitzeugen waren und deshalb einen „auf persönliche Überzeugung gestützten Vermittlungsprozeß durch explizit fachdidaktische Methoden“ ersetzen mussten (S. 370). Die zunehmende internationale Einbindung der DDR in den 1970ern hatte eine weitere Konjunktur der Kontrollen zur Folge. Darüber hinaus mussten auch die an der Qualifizierung von Staatsbürgerkundelehrern beteiligten Institutionen kontrolliert werden. In den Berichten über diese Kontrollen werde deutlich, so Vogler, dass es keinen unproblematischen Staatsbürgerkundeunterricht gegeben habe. Zum einen seien Differenzen zwischen Theorie und Praxis sichtbar geworden, zum anderen habe sich eine Sichtweise offenbart, die „Lehrende und Lernende als potentiell deviante Akteure“ wahrnahm (S. 395).

Nach einer recht ausführlichen Begründung der Verwendung des Begriffs „Eigen-Sinn“ anstelle von „Opposition“ und „Widerstand“, der schon in der Überschrift des Kapitels 8, „Staatsbürgerkunde aus eigen-sinnigen und oppositionellen Perspektiven“, deutlich hervortritt, analysiert Schluß einen Versuch aus dem Schuljahr 1986/87, im Staatsbürgerkundeunterricht methodisch neue Wege zu beschreiten. Durch Reduzierung der Ideologiekomponente zugunsten von Institutionenkunde sollten „offene Gespräche über sozialpolitische Probleme und eine Problemlösung angebahnt werden“ (S. 420). Es zeigt sich aber, so die Bewertung durch den Autor dieses Kapitels, dass „selbst ein methodisch ganz unkonventioneller Unterricht im in sich geschlossenen System der ideologisch-moralischen Erziehung verharnte [...], bis das Scheitern des marxistisch-leninistischen Sozialismus offenkundig war“ (S. 428).

Mit dem Mauerfall wurde das Fach rasch zu einer Fußnote der Bildungsgeschichte. In Kapitel 9, „Das Scheitern der Staatsbürgerkunde: ‚unser tiefes Bedauern zum Ausdruck bringen‘“, werden vor allem Rechtfertigungen und Entschuldigungen der Methodiker wiedergegeben, sowie die Rat- und Hilflosigkeit der Institutionen in einer dramatischen Umbruchsituation dokumentiert.

Im abschließenden Kapitel 10 „Bilanz: Staatsbürgerkunde – ein unmögliches Fach“ weist Grammes noch einmal auf die „Paradoxie des Faches“ hin, die von den Schülern durch Lippenbekenntnisse oder eigensinnigen Protest bewältigt worden sei. Die Lehrenden hingegen haben sich innerhalb der Extreme von Katechetik und Dialektik bewegt. Beide Seiten reflektierten „unter negativen Vorzeichen“ vor allem das Auseinanderfallen von Praxis und Theorie. Selbstreflexionen „in positiver Hinsicht“ hingegen fehlen bislang vollkommen, was der Autor damit erklärt, dass es sich um ein forschungsmethodisch „nur schwer in den Griff“ zu bekommendes Problem handle (S. 472 f.).

Auf die in der Einleitung (S. 17 f.) gestellte Frage „Was war die DDR?“ kommt Grammes noch einmal zu sprechen. Aus Sicht der drei Projekte, so stellt er fest, ermöglichen es die beiden Termini „Aushandlungsgesellschaft“ und „vormundschaftlicher Staat“, ein „differenziertes Bild der SED-Diktatur zu zeichnen, das die Spannung zwischen dem grundsätzlichen Diktaturcharakter (‚Staatssozialismus‘) und der dennoch möglichen, positiv erlebten täglichen Normalität hervorhebt“ (S. 474). Könnte man angesichts der Dialektik von Wesen und Erscheinung, die Vogler für die „Lösung“ des Theorie-Praxis-Dilemmas bemüht (S. 490), nicht auch sagen: In ihrem Wesen war die SED-Diktatur ein totalitäres System?

Neben 28 Dokumenten enthält der Band als Anhang die Kurzbiographien von Wolfgang Lobeda, Ekkehard Sauermann, Friedrich Weitendorf und Horst Zerbst – alle vier Protagonisten der Etablierung und Profilierung des Staatsbürgerkundeunterrichts in der DDR. Der Untertitel „Ein Dokumentenband“ erscheint als Untertreibung einer gelungenen Mischung von Analyse und Dokumentation. Eine Bibliographie mit immerhin 102 Dissertationen zum Staatsbürgerkundeunterricht, die den Zeitraum von 1962 bis 1992 überstreichen, bereichert das Literaturverzeichnis. Nicht nur in ästhetischer Hinsicht, sondern auch

aus solch profanen Gründen wie einer guten Lesbarkeit sei abschließend die Frage erlaubt, warum die zahlreichen Übersichten aus den unterschiedlichen Quellen unbedingt grau unterlegt werden mussten.

Gerhard Barkleit, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, hg. von der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Berlin/Bonn), Bonn 2006 (Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH), 1064 S.

Obwohl in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren eine ganze Reihe an Studien über Weimarer Politiker der ersten, zweiten, ja dritten Reihe veröffentlicht worden, fehlte bislang eine umfassende Studie über den ersten Reichspräsidenten der neuen Republik. An gut gemeinten oder tatsächlich guten Ansätzen hat es dabei nicht gemangelt:

Allerdings reichte der erste große biografische Versuch Georg Kotowskis (1963) nur bis zur Zäsur von 1917; und später veröffentlichte Studien wie die von Peter-Christian Witt, Werner Maser und Norbert Podewin erfüllten entweder nur populärwissenschaftliche Zwecke oder förderten in der Substanz nichts Neues zu Tage. Die nun vorliegende Studie füllt die bisherige Lücke in hohem Maße, was sowohl den Umfang des Werkes als auch den Anspruch und die Akribie des Autors einschließt. Mühlhausen ist freilich auch der berufene Biograf, denn als Mitarbeiter und jetziger stellvertretender Leiter der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg hat er sich seit vielen Jahren mit der Problematik beschäftigt und bereits eine Fülle an Veröffentlichungen vorgelegt. Die berufliche Bindung an den Studiengegenstand dürfte sich allerdings auch bei der insgesamt wohlwollenden historischen Bewertung Eberts niedergeschlagen haben.

Dass es Mühlhausen jedoch nicht darum geht, hagiografische Blütenlese zu betreiben und den ersten Reichspräsidenten posthum in ein schwarz-rot-goldenes Pantheon zu heben, wird bereits in der 30 Seiten umfassenden Einleitung deutlich. Hier heißt es völlig unpräzise: „Von Ebert ging kein Charisma aus, ohne brennende Reden oder nachhaltige symbolische Akte mit großer Breitenwirkung. Es entwickelte sich auch keine charismatische Herrschaft im Sinne Max Webers, kein Charisma als eine soziale Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten. Friedrich Ebert trat nüchtern und schlicht auf, wurde als bieder beschrieben.“ (S. 19). Da die Quellenlage alles andere als vorteilhaft ist – der Ebert-Nachlass wurde ein Opfer des Bombenangriffs auf Berlin 1943 – konnte